



Auch Behörden ohne Kriminalitätsschwerpunkt profitieren vom 15-Punkte-Programm

Die Erwartungen an das 15-Punkte-Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit, das Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) Mitte Februar im Landtag vorgestellt hat, sind hoch. Zwar hat Rot-Grün viel Lob für die versprochene Stärkung der Polizei bekommen, zugleich sind in der Öffentlichkeit aber Fragen aufgetaucht, wie die angekündigten 500 zusätzlichen Polizisten und Polizisten, die in Behörden mit Kriminalitätsschwerpunkten eingesetzt werden sollen, gewonnen werden sollen, ohne dass das zulasten der anderen Behörden geht? Die GdP hatte deshalb das 15-Punkte-Programm von Kraft zwar unmittelbar nach seinem Bekanntwerden gelobt, zugleich aber Kriterien für dessen Umsetzung benannt (siehe März-Ausgabe der Deutschen Polizei). In zahlreichen Gesprächen mit der Spitze des Innenministeriums und der SPD-Fraktion hat die GdP inzwischen ausgelotet, wie beide Ziele erreicht werden können. Herausgekommen ist ein Gesamtpaket, von dem auch die Behörden ohne Kriminalitätsschwerpunkt profitieren.

Aus Sicht der GdP sind – neben Einzelaspekten wie dem von der Landesregierung angekündigtem Ausbau der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten und der noch immer umstrittenen Frage des Einsatzes von Bodycams – drei Fragen für das Gelingen des Gesamtpakets entscheidend:

1. Wie wird sichergestellt, dass die Einstellungs politik in den kommenden Jahren so verstetigt wird, dass sich die jetzt sichtbar gewordenen Personallücken bei der Polizei nicht in den nächsten Jahren wiederholen?
2. Wie können kurzfristig die von Rot-Grün angekündigten 500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten für die Bekämpfung der Kriminalität in den acht Schwerpunktbehörden gewonnen werden, ohne dass das zulasten anderer, ebenfalls überlasteter Behörden und Arbeitsbereiche geht?
3. Wie kann die von der Landesregierung vorgeschlagene freiwillige Lebensarbeitszeitverlängerung für einzelne Beamte so ausgestaltet werden, dass dadurch weder die Nachbesetzung von Führungsfunktionen blockiert, noch eine Tür für eine spätere allgemeine Lebensarbeitszeitverlängerung geöffnet wird?

Verstetigung der Einstellungszahlen

Die erste Frage ist am einfachsten zu beantworten: Die Amtszeit der jetzigen rot-grünen Landesregierung endet faktisch mit der Landtagswahl am 17. Mai 2017. Belastbare Zusagen über diesen Zeitpunkt hinaus sind deshalb



nur schwer zu bekommen. Trotzdem haben sich inzwischen alle im Düsseldorf Landtag vertretenen Parteien für eine personelle Stärkung der Polizei ausgesprochen. Selbst die Grünen, die noch vor Kurzem einem weiteren Personalabbau das Wort geredet haben. Norbert Römer, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, hat kürzlich sogar durchblicken lassen, dass die Zahl der

Neueinstellungen in NRW noch ein weiteres Mal erhöht werden könnte, auf 2000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter.

Personalverstärkung für alle Behörden

Deutlich schwieriger war die Klärung der zweiten Frage. Wäre es nach Rot-Grün gegangen, wären die 500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten über eine freiwillige Lebensarbeitszeitverlängerung gewonnen worden. Zudem sollte die Verstärkung vor allem den Schwerpunktbehörden zugute kommen. Die GdP hatte dagegen bereits früh gefordert, dass zunächst geprüft werden muss, ob das fehlende Personal nicht dadurch gewonnen werden kann, dass in den Behörden verstärkt Tarifbeschäftigte eingestellt werden, die Aufgaben übernehmen, die bislang von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden, weil es vor Ort nicht genügend Tarifbeschäftigte gibt. Die zweite wichtige Forderung war, dass die Stärkung einzelner Behörden nicht zulasten der übrigen Behörden geht.

Beiden Forderungen ist die Landesregierung inzwischen gefolgt: In die-

→ Seite 2



NRW geht den besseren Weg!



Bei der Polizei steht NRW vor den gleichen Problemen wie alle anderen Bundesländer auch. Auch in den anderen Ländern wurden in den vergangenen Jahren massiv Stellen bei der Polizei abgebaut. Zum Teil sogar noch deutlich mehr als in NRW. Auch in den anderen Ländern sind die Einbruchszahlen explodiert, gibt es eine wachsende Terrorbedrohung und einen enormen Aufgabenzuwachs für die Polizei durch die nach Deutschland geströmten Flüchtlinge.

Aber NRW war eines der ersten Bundesländer, das auf diese massiven Herausforderungen reagiert hat und nach dem verheerenden Personalabbau der vergangenen Jahre jetzt wieder mit mehr Einstellungen gesteuert.

Deshalb ist das Bekenntnis des 15-Punkte-Programms von Hannelore Kraft, dem Thema Innere Sicherheit wieder den Stellenwert zu geben, den es verdient hat, ernst gemeint. Auch wenn alle Beteiligten wissen, dass es noch bis 2019/2020 dauern wird, bis zumindest die größten Folgen der politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre wieder korrigiert sind und bei der Behörde vor Ort eine echte Entlastung ankommt.

Das 15-Punkte-Programm ist ein Versuch, die damit verbundenen Belastungen für die Polizei zumindest so lange abzufedern, bis die versprochenen zusätzlichen Neueinstellungen greifen. Deshalb war es wichtig, dass Rot-Grün noch

einmal 100 Stellen bei den Tarifbeschäftigten obendrauf gelegt hat. Damit keine Behörde ganz leer ausgeht. Sonst hätte die GdP dem Gesamtpaket auch nicht zugestimmt.

Und noch etwas ist bei der Bewertung des Gesamtpakets wichtig: Die Tatsache, dass andere Länder in der gleichen Situation längst einen ganz anderen Weg gehen. Dass andere Länder lieber schnell ausgebildete Hilfspolizisten einstellen, dass sie ganze Ausgabenbereiche der Polizei privatisieren statt mehr Polizistinnen und Polizisten auszubilden und dass sie noch immer am längst überholten, deutlich schlechter bezahlten Mittleren Dienst festhalten. NRW geht da den besseren Weg. Auch das gehört zur Ehrlichkeit. Auch wenn bei uns noch längst nicht alle Probleme gelöst sind.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

sem Jahr sollen landesweit 350 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen werden, um so Polizeivollzugsbeamte wieder für ihre eigentlichen Aufgaben freizubekommen. 250 Stellen davon sind für die acht Behörden mit Kriminalitätsschwerpunkten vorgesehen, die übrigen 100 Stellen gehen an die anderen Behörden. Keine Behörde geht deshalb leer aus.

Die restlichen 150 für dieses Jahr geplanten zusätzlichen Stellen sollen dadurch aufgebracht werden, dass bis zu 150 Kolleginnen und Kollegen freiwillig über das Erreichen der Pensionsgrenze hinaus im Dienst bleiben. Die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist auf ein Jahr begrenzt. Sie kann um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Aufstockung auf 750 zusätzliche Stellen

In den Gesprächen mit der GdP hat die Landesregierung zudem angekündigt, dass zusätzlich zu den 500 zusätzlichen Stellen für dieses Jahr, 2017 weitere 250 Stellen geschaffen werden

sollen. Diese Stellen sollen dadurch besetzt werden, dass im kommenden Jahr weitere 250 Polizeibeamtinnen und -beamte die Möglichkeit erhalten, ihre Lebensarbeitszeit freiwillig um ein Jahr zu verlängern.

Die insgesamt 750 zusätzlichen Stellen stehen bis 2019 zur Verfügung, wenn die jetzt eingestellten zusätzlichen Kommissaranwärterinnen und -anwärter ausgebildet sind.

Für die zusätzlichen Stellen wird ein Sondertopf bereitgestellt

Für die insgesamt 400 zusätzlichen Stellen aus der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird ein Sondertopf bereitgestellt. Damit ist sichergestellt, dass es über die freiwillige Lebensarbeitszeitverlängerung von einzelnen Beamten zu keinen Beförderungsnachteilen kommt. Ein Beispiel: Bleibt eine Führungskraft mit A 12 freiwillig länger im Dienst, kann die Behörde trotzdem die sonst frei werdende Stelle ausschreiben und auf diese Stelle befördern. Das war eine zentrale Forderung der GdP. Hierdurch stehen die Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 weiterhin zur Verfügung.

Weiter Entlastung durch die Einsatzhundertschaften

750 000 Stunden haben die Einsatzhundertschaften im vergangenen Jahr für Unterstützungseinsätze in anderen Bundesländern aufgebracht. Damit soll in Zukunft Schluss sein. NRW wird seine 18 Einsatzhundertschaften in den kommenden Jahren verstärkt im eigenen Bundesland einsetzen. Auch die Zahl der standortfernen Projekteinsätze soll deutlich reduziert werden. Statt der Bekämpfung des Fahrraddiebstahls in weit entfernt liegenden Behörden soll die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen und Taschendieben in den Vordergrund gerückt werden, insbesondere in den Großstädten des Ruhrgebiets, wo es im vergangenen Jahr bei den Tageswohnungseinbrüchen zum Teil Zuwachsraten von 40 Prozent gegeben hat. Zudem will das Land bis 2018 insgesamt vier zusätzliche Einsatzzüge aufstellen. Der erste davon soll noch in diesem Jahr beim Polizeipräsidium Duisburg aufgestellt werden.



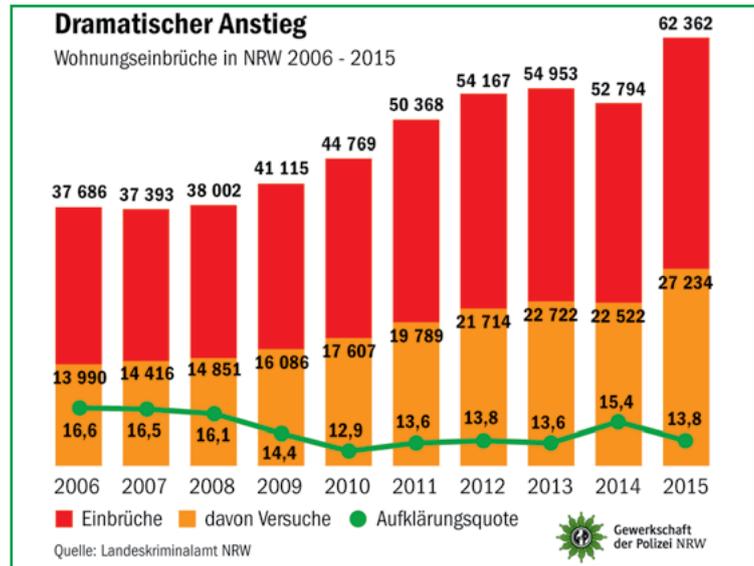
Negative Befürchtungen noch übertroffen

Schon lange vor der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2015 waren sich alle Experten einig, dass es im vergangenen Jahr in NRW vor allem bei den für das Sicherheitsgefühl der Menschen wichtigen Delikten zu einem weiteren Anstieg der Kriminalität gekommen ist. Die Zahlen, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) am 9. März – eine Woche vor der dafür angekündigten Pressekonferenz – veröffentlicht hat, haben diese negativen Befürchtungen noch übertroffen.

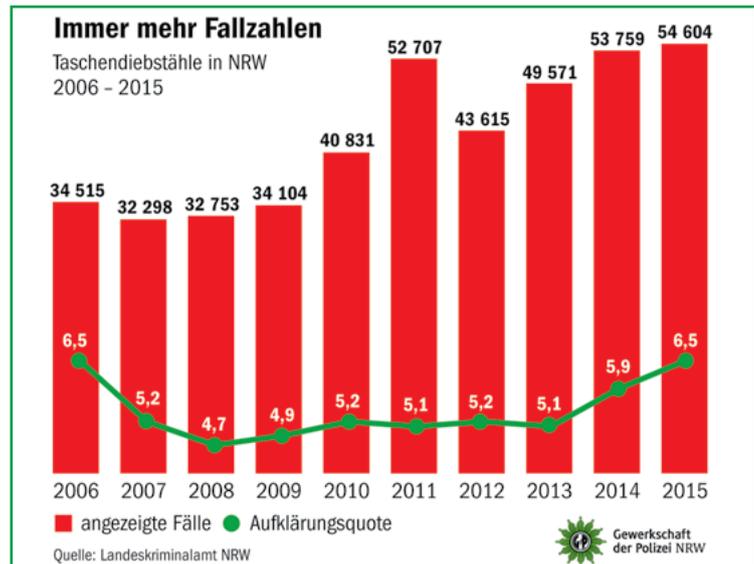
Die Zahl der schweren Körperverletzungen stieg 2015 in NRW auf 30 521 Fälle (plus 1,3 Prozent), die der einfachen Körperverletzungen auf 84 519 Fälle (plus 1 Prozent). Starke Zuwächse gab es zudem bei den Diebstählen. Bei den Taschendiebstählen, die seit der Kölner Silversternnacht besonders im Fokus stehen, lag der Zuwachs bei 1,6 Prozent (auf 54 604 Fälle), beim Diebstahl aus Kraftfahrzeugen bei 4,1 Prozent (105 528 Fälle) und beim Diebstahl von Kraftfahrzeugen bei zwölf Prozent (8219 Fälle). Noch höher lag der Zuwachs bei den Wohnungseinbrüchen. Sie stiegen um 18,1 Prozent auf 62 362 Fälle. Das ist die höchste Fallzahl, die seit der Erfassung dieses Delikts in der PKS ermittelt worden ist.

Wie der Innenminister auf diese dramatischen Zuwächse reagieren will, blieb auch nach der Vorstellung der Zahlen unklar. In einer vom Innenministerium verbreiteten Pressemitteilung hatte Jäger vor allem darauf hingewiesen, dass auch die Bürger in der Pflicht seien, mehr zum Schutz ihrer Wohnungen zu tun. Bereits heute würden 44 Prozent aller Wohnungseinbrüche dank guter Einbruchssicherungen und aufmerksamer Nachbarn verhindert. Um diesen Trend zu stärken, will Jäger das von mehreren Polizeibehörden entwickelte Einbruchsradar, mit dem die Einbrüche der vergangenen Wochen sichtbar gemacht werden, auf alle Polizeibehörden ausdehnen.

Für die GdP ist das zu wenig. Sie fordert bereits seit Jahren, dass die Einbruchskommissariate personell so ausgestattet werden, dass sie Wohnungseinbrüche nicht nur erfassen, sondern die Täter gezielt verfolgen können. Nicht einmal ein Pilotprojekt, in dem Mindeststandards für die personelle Ausstattung der Kommissariate entwickelt und auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden könnten, hat die Landesregierung bislang auf den Weg gebracht. Die GdP hatte diesen Vorschlag bereits 2010 auf ihrem ersten Kriminal-Forum zum Thema Wohnungseinbrüche in die Diskussion gebracht und war dabei bei allen Experten auf breite Zustimmung gestoßen. Damit sich trotzdem an der Arbeitssituation in den Ermittlungskommissariaten etwas ändert, drängt die GdP darauf, dass jetzt die von der Landesregierung angekündigte personelle Verstärkung der Polizei auch in die personell völlig unterbesetzten Ermittlungskommissariate geht.



In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der in NRW verübten Wohnungseinbrüche um mehr als 50 Prozent gestiegen, von knapp 38 000 Einbrüchen 2006 auf mehr als 62 000 Einbrüche im vergangenen Jahr. 2015 fiel der Zuwachs mit plus 18 Prozent besonders stark aus. Einziger Lichtblick ist, dass in den vergangenen Jahren auch die Zahl der gescheiterten Einbrüche gestiegen ist.



Neben den Wohnungseinbrüchen ist in den vergangenen Jahren auch die Zahl der Taschendiebstähle in NRW massiv gestiegen, von knapp 35 000 Fällen 2006 auf inzwischen 54 600 Fälle pro Jahr. Das ist ein Zuwachs von mehr als 50 Prozent. Die Aufklärungsquote dümpelt dagegen seit Jahren zwischen 4,7 (2008) und 6,5 Prozent (2015).



Streifenwagen werden flächendeckend mit verstärkten Schutzwesten ausgestattet

130 Menschenleben hat der Terroranschlag vom 13. November vergangenen Jahres in Paris gefordert. Wäre es in NRW zu einem ähnlich verheerenden Anschlag gekommen, hätten die Polizistinnen und Polizisten, die als erste am Tatort eingetroffen wären, den Terroristen schutzlos gegenübergestanden, denn die bislang bei der NRW-Polizei benutzten Schutzwesten helfen nicht bei einem Beschuss durch Kalaschnikows, wie sie von den IS-Terroristen in Paris benutzt worden sind. Bereits unmittelbar nach dem Pariser Terroranschlag hatte die GdP deshalb Innenminister Ralf Jäger (SPD) aufgefordert, die Beamten des Wach- und Wechseldienst-

tes und der Bereitschaftspolizei mit besseren Schutzwesten auszustatten. Diese Kräfte sind bei Terroranschlägen als erste am Tatort, noch vor den SE-Kräften, für die das Land bereits nach dem ersten Terroranschlag von Paris Anfang des vergangenen Jahres verbesserte Schutzwesten bestellt hatte. Wegen der massiven Gefahr, die auch für Deutschland von den IS-Terroristen ausgeht, hatte die GdP zudem gefordert, dass auf die sonst übliche europaweite Ausschreibung verzichtet wird, damit die Westen zeitnah beschafft werden können.

Beiden Forderungen ist das Düsseldorfer Innenministerium inzwischen nachgekommen: Ende Februar hat

das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) auf Anfrage des Westfalen-Blatts bestätigt, dass das Land in einer ersten Charge 5000 neue Westen der Schutzklasse 3plus bestellt hat. Weitere 5000 Westen sollen im Laufe des Jahres folgen. Die 7,5 Kilogramm schweren Westen sollen nicht als Mannausstattung im täglichen Dienst getragen werden, sondern als zusätzlicher Ausrüstungsgegenstand im Einsatzwagen mitgeführt werden, damit sie im Notfall sofort bereitliegen. Auch dafür hatte sich die GdP stark gemacht. NRW ist damit einer der ersten Bundesländer, das seine Polizisten bei Terroranschlägen besser schützt.

Schon jetzt die Wahlboten der GdP nutzen!

Nur starke Personalräte sind gute Personalräte. Je mehr Beschäftigte den Personalrat gewählt haben, umso größer ist sein politisches Gewicht. Gegenüber der Behördenleitung vor Ort und gegenüber dem Innenministerium und der Politik. Die GdP setzt deshalb auf eine möglichst hohe Wahlbeteiligung.

Damit sich auch die Beschäftigten bei der Polizei, die an den vier Wahltagen vom 6. bis 9. Juni nicht in ihrer Dienststelle sind, oder die an diesen Tagen beruflich stark eingespannt sind, ihre Stimme abgeben können, gibt es das Briefwahlverfahren: Jeder kann seine Stimme für die Wahl des Personalrats vor Ort und des Haupt-

personalrats der Polizei auch schriftlich abgeben. Den dazu erforderlichen Stimmzettel gibt es ab Mitte Mai beim Wahlvorstand in der eigenen Behörde, denn bis dahin müssen alle Wahlvorschläge vorliegen.

Wer es noch einfacher haben will, um von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen, kann auch das Wahlbotenverfahren der GdP nutzen. Dann kommt der Wahlbot zu dir an den Arbeitsplatz. So geht's: Der Wähler beauftragt den Wahlboten der GdP schriftlich, für ihn die Wahlunterlagen beim Wahlvorstand abzuholen und dorthin wieder zurückzubringen. Das spart lästige Wege.

Auch bei der Nutzung des Wahlbotenverfahrens ist die Abgabe der eigenen Stimme geheim. Denn der ausgefüllte Stimmzettel wird dem Wahlboten in dem verschlossenen Briefwahlumschlag überreicht. Und selbstverständlich darf der Wahlbote niemanden bei der Stimmabgabe beeinflussen. Denn das Wahlbotenverfahren dient ausschließlich dem Ziel, dass sich möglichst viele Beschäftigte bei der Polizei an der Personalratswahl beteiligen.

Wer den Wahlbotenservice der GdP nutzen will, kann sich ab sofort an die GdP-Kreisgruppe vor Ort wenden. Sie sorgt dafür, dass ihr eure Wahlunterlagen erhaltet.

Personalratswahlen
06.-09. Juni 2016

Deine Stimme zählt!

GdP. Gemeinsam stark.

Gewerkschaft der Polizei NRW



Dienstrechtsmodernisierung: Das Gesetz geht auf die Zielgerade

Das neue Dienstrecht kommt auf die Zielgerade. Ein wichtiger Meilenstein war die Anhörung im Innenausschuss am 7. März. Die GdP hat die Gelegenheit genutzt, um noch einmal ihre Änderungswünsche an einzelnen Details des Gesetzentwurfs zu formulieren.

Auch wenn das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, zeichneten sich bei der Anhörung bereits erste Kernelemente des neuen Dienstrechts ab, an denen Rot-Grün nicht mehr rütteln will:

- Ab 2017 wird die Sonderzahlung in die monatlichen Bezüge eingerechnet. Von der Höhe ändert sich dadurch an den jährlichen Bezügen nichts. Statt einer Sonderzahlung im November gibt es lediglich jeden Monat etwas mehr. Die Sonderzahlung soll allerdings auch nicht, wie von den Gewerkschaften gefordert, wieder auf das alte Niveau angehoben werden.
- Mit Inkrafttreten des neuen Beamtenrechts wird die Polizeizulage wieder ruhegehaltstfähig und zwar für alle Berechtigten, die bereits in Pension sind oder in Zukunft gehen. Damit wird eine wichtige Forderung der GdP erfüllt.
- Langzeitarbeitszeitkonten werden durch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz zwar nicht unmittelbar eingeführt, es wird aber immerhin eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen. Auch das war eine zentrale Forderung der GdP.
- Bei Beförderungen wird es in Zukunft eine Frauenquote geben, die bei gleicher Gesamtnote grundsätzlich zu-

gunsten der Frauen greifen soll. Der Gesetzentwurf lässt allerdings abweichende Regelungen für einzelne Geschäftsbereiche zu. Auch dafür hatte sich die GdP lange eingesetzt. Entscheidend ist aber am Ende, wie die konkrete Umsetzung der Regelung bei der Polizei aussieht.

- Beamtinnen und Beamte können sich künftig bis zu 15 statt bislang bis zu zwölf Jahren ganz oder teilweise für die Kinderbetreuung beurlauben lassen. Während dieser Zeit haben sie grundsätzlich einen Anspruch auf vorzeitige Rückkehr aus Teilzeit oder Vollzeit.
- Der Stellenwert des Arbeitsschutzes im Landesbeamtengesetz wird erhöht: Künftig gelten die Arbeitsschutzverordnungen unmittelbar auch für die Beamtinnen und Beamten. Auch diese Verbesserung geht auf eine Forderung der GdP zurück.

Die Zwischenbilanz des Gesetzgebungsverfahrens fällt deshalb aus Sicht der GdP in der Summe durchaus positiv aus. Dennoch sind noch Verbesserungen bei folgenden Punkten notwendig:

- Eine Modernisierung der Regelung zur Vorverlegung des Eintritts in den Ruhestand für Schichtdienstleistende (§115 LBG): Die GdP fordert, die be-

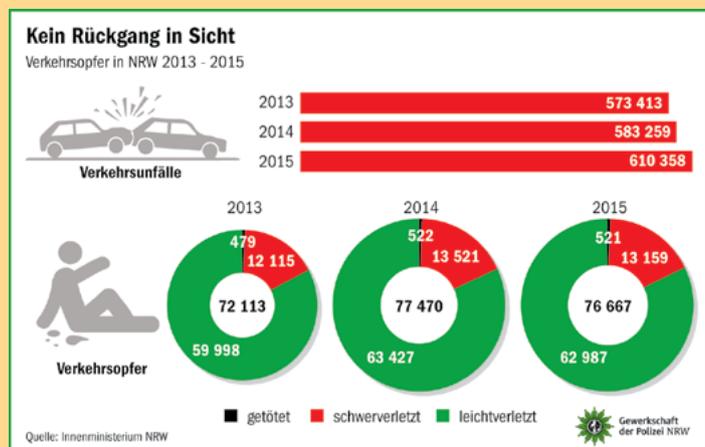
stehende starre Regelung so zu ändern, dass der Eintritt in den Ruhestand für jedes Jahr, das ein Polizist im Wechselschichtdienst verbracht hat, anteilig berücksichtigt wird.

- Die Einführung eines altersgerechten Dienstfähigkeitsbegriffs, der nicht mehr unterstellt, dass an die Dienstfähigkeit von Polizisten unabhängig von ihrem Alter die gleichen Anforderungen gestellt werden können.
- Eine Modernisierung des Dienstunfallrechts, damit Langzeitschäden besser erfasst werden. Damit soll verhindert werden, dass durch den oder im Dienst geschädigten Polizisten nur deshalb mit Versorgungsabschlägen zur Ruhe gesetzt werden, weil sich das ihnen Widerfahrne nicht als Unfall qualifizieren lässt.
- Die Abschaffung der starren Altersgrenzen zugunsten eines Ruhestandskorridors, in dem Beamtinnen und Beamte mit den bis dahin erworbenen Pensionsansprüchen abschlagsfrei in die Pension gehen können.

Darüber hinaus enthält der Gesetzesentwurf noch weitere von der GdP abgelehnte Detailregelungen. Dazu gehört z. B. die beabsichtigte Benachteiligung der Beamten bei der Geltendmachung von Ansprüchen: Geht es nach Rot-Grün sollen die Beamten drei Jahre lang Zeit haben, ihre Ansprüche geltend zu machen. Der Dienstherr soll aber unter bestimmten Umständen zehn Jahre lang Überzahlungen zurückfordern können. Hier sind noch Nachbesserungen notwendig.

Trotz immer modernerer Technik ist die Zahl der Verkehrs-unfälle in den vergangenen drei Jahren wieder gestiegen, von 573 413 Unfällen 2013 auf 610 358 Unfälle 2015. Auch der jahrzehntelange Trend zu immer weniger Verkehrstoten hat sich nicht mehr fortgesetzt. 2015 kamen in NRW 521 Menschen im Straßenverkehr ums Leben, 2013, waren es nur 479 Verkehrstote.

Die GdP drängt deshalb darauf, dass auch in Zeiten knapper personeller Ressourcen die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei nicht vernachlässigt wird. Würde sich die Polizei noch mehr aus der Überwachung des Straßenverkehrs zurückziehen, würde die Zahl der Unfallopfer noch stärker steigen.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 6.4. Lieselotte Middelkötter, Hattingen
- 9.4. Irmgard Badura, Haan
- 13.4. Heinrich Albers, Bonn
- 14.4. Agnes Dewitt, Düren
- 22.4. Regina Liebertz, Mechernich
- 23.4. Charlotte Schindler, Oberhausen
- 28.4. Ingeborg Quabeck, Essen
Anneliese Weihe, Minden

91. Geburtstag

- 5.4. Herbert Pitzke, Gauting
- 8.4. Elfriede Scholz, Dortmund
- 11.4. Johanna Weimer, Düsseldorf
- 14.4. Hildegard Kruse, Duisburg
- 17.4. Heinrich Schönenberger, Kamp-Lintfort
- 30.4. Günter Lilei, Holzwickede

92. Geburtstag

- 2.4. Paul Schrewe, Gütersloh
- 8.4. Mathias Habets, Moers
- 10.4. Fritz Eggensperger, Dortmund
- 17.4. Hildegard Halfmann, Wermelskirchen
- 22.4. Helene Kiefer, Velbert

93. Geburtstag

- 3.4. Jutta Gieshoidt, Recklinghausen
- 4.4. Anneliese Katzemich, Köln
- 10.4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 15.4. Hans Becker, Frechen

94. Geburtstag

- 4.4. Gertrud Niessen, Köln
- 12.4. Franziska Struth, Essen
- 17.4. Gustav Mouritz, Krefeld
- 28.4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld

95. Geburtstag

- 10.4. Erna Hubrich, Wilnsdorf
- 12.4. Margarete Piepereit, Köln

96. Geburtstag

- 11.4. Irma Breunig, Aachen
- 16.4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
- 17.4. Frieda Salchow, Bielefeld
- 27.4. Babette Sobiech, Herten
- 28.4. Stefan Kremer, Bergisch Gladbach

97. Geburtstag

- 10.4. Wilhelm Kramer, Schloß Holte-Stukenbrock

101. Geburtstag

- 1.4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Mai-Ausgabe ist der 4. April.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen: NRW muss jetzt auf den Zug aufspringen

In immer mehr Bundesländern können sich die Beamtinnen und Beamte ihre Schmerzensgeldansprüche durch eine Abtretung an ihren Dienstherrn auszahlen lassen, wenn der Schuldner nicht zahlen kann. Das Vollstreckungsrisiko trägt dann der Dienstherr und nicht wie bislang der Betroffene. Entsprechende Regelung gibt es bereits in Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen, in Bremen und im Bund sind sie geplant.

Die GdP hatte bereits im Mai vergangenen Jahres die rot-grüne Landesregierung aufgefordert, diese Möglichkeit auch in NRW zu schaffen, bislang hatte sich Rot-Grün in dieser Frage abwartend gezeigt. Das scheint sich jetzt zu ändern: Bei einer Anhörung am 10. März im Düsseldorfer Landtag zu einer Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion zeichnete sich ein fraktionsübergreifender Konsens ab, dass auch in NRW eine entsprechenden Regelung geschaffen werden soll. Die dazu notwendige



Gesetzesänderung könnte nach Einschätzung der GdP sogar zeitnah erfolgen, weil das bestehende Landesbeamtengesetz als Teil des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes ohnehin auf dem Tisch des Landtags liegt. Würde das Land in Zukunft für die Schmerzensgeldansprüche eintreten, wäre das ein wichtiges Signal, dass NRW seine Beamtinnen und Beamten nicht im Regen stehen lässt, wenn sie Opfer von Gewalt werden.

Die Stellungnahme der GdP ist unter www.gdp-nrw.de abrufbar.



Hohe Ausbildungsqualität sichern – auch in Zeiten steigender Einstellungszahlen

Fast 5000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter durchlaufen aktuell in NRW die Ausbildung zum Polizeivollzugsbeamten. Alleine in diesem Jahr werden 1920 junge Menschen ihr Bachelorstudium beginnen. Dafür hat die GdP lange gekämpft. Genauso wichtig wie die Anpassung der Einstellungszahlen an den wachsenden Bedarf ist die Sicherung der hohen Ausbildungsqualität in NRW. Für den 22. April hat die GdP deshalb alle, die an der Polizeiausbildung beteiligt sind, zu einem eintägigen Ausbildungssymposium nach Sprockhövel eingeladen.

Die Fachtagung richtet sich nicht nur an die Entscheidungsträger bei der Polizei, die Dozenten und Lehren-



den an der FHöV und am LAFP, sondern auch an die Tutorinnen und Tutoren in den Polizeibehörden vor Ort und an die Studierenden selbst. Ziel der eintägigen Fachtagung ist ein intensiver Erfahrungsaustausch über die aktuelle Ausbildungssituation in NRW, insbesondere in Hinblick auf den neuen Studienverlaufsplan und die steigenden Studierendenzahlen:

Wie ist der aktuelle Stand der Dinge? Wo gibt es Optimierungsbedarf? Welche Herausforderungen gilt es als nächstes gemeinsam zu meistern? Wo steht die GdP?

Referentinnen und Referenten des eintägigen Ausbildungssymposiums der GdP sind Dr. Kerstin Lüdke (LAFP), Heike Wächterowitz (PP Köln), Jürgen Zeitner (FHöV) und Maike Neumann (Junge Gruppe Köln). Jan Struijs, Direktor der School vor Politieleiderschap, wird über die Erfahrungen mit der Polizeiausbildung in den Niederlanden berichten. Volker Huß, Ausbildungsexperte im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP, wird zudem die Forderungen der GdP zur Weiterentwicklung der Polizeiausbildung in NRW vorstellen.

Interessenten können sich noch bis zum 8. April anmelden: stefanie.bauer@gdp-nrw.de

Elmau zeigt: Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Immer wieder ist die GdP – und nur die GdP – in den vergangenen Monaten Sturm gegen die Entscheidung des Innenministeriums gelaufen, die zunächst zugesagte 1:1-Vergütung des Elmau-Einsatzes im Nachhinein wieder zu streichen. „Die 13 Tage während des G7-Gipfels waren für die NRW-Polizisten kein Freizeitausflug in die bayerischen Alpen, sondern harte Arbeit. Sie müssen deshalb als Dienst- bzw. Arbeitszeit vergütet werden“, hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert immer wieder betont. Am Ende hatte die GdP mit ihrem Protest Erfolg: Mitte Februar erklärte Innenminister Ralf Jäger (SPD), dass die gesamte in Bayern geleistete Einsatzzeit jetzt doch 1:1 vergütet wird. Die 1:1-Vergütung gilt für alle aus NRW während des Gipfels eingesetzten Kräfte. Jäger korrigierte damit eine Entscheidung seines Abteilungsleiters Wolfgang Düren, der in den vergangenen Monaten immer wieder versucht hatte, nur einen Teil der in Bayern ge-

leisteten Einsatzstunden als Arbeitszeit zu vergüten. Zudem wollte Düren den Kreis der Beschäftigten, auf die die 1:1-Regelung angewandt wird, auf die Polizeivollzugsbeamten beschränken. Auch dieses Vorhaben ist am Widerstand der GdP gescheitert.

Die GdP reagierte erleichtert auf die Entscheidung von Jäger. „Die volle Bezahlung des Gipfel-Einsatzes ist ein Zeichen der Wertschätzung. Das ist gerade in der jetzigen, schwierigen Zeit wichtig für die Motivation der Polizistinnen und Polizisten“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Die GdP dringt darauf, dass es jetzt auch

über Elmau hinaus zu einer dauerhaften, verlässlichen Regelung für die Vergütung von Bereitschaftszeiten kommt. Die Regelung sollte Teil der ohnehin anstehenden Novellierung der Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol) sein. Die Details müssten in einer Dienstvereinbarung zwischen dem Innenministerium und dem Hauptpersonalrat der Polizei geregelt werden.





Frauen haben im Schnitt noch immer ein geringeres Einkommen als ihre männlichen Kollegen und in Führungsfunktionen sind sie seltener zu finden. Auch bei der Polizei. Deshalb hat das Mai-Motto des DGB „Zeit für mehr Solidarität“ auch einen Bezug zu den Diskussionen, die im Moment innerhalb der Polizei über bessere Aufstiegschancen für Frauen geführt werden. Auf weiteren Plakaten für den 1. Mai tritt der DGB für gute Bildung und für sichere Renten ein. Die Hauptkundgebung mit dem nordrhein-westfälischen DGB-Vorsitzenden Andreas Meyer-Lauber und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) findet in diesem Jahr in Bochum statt. Alle Mai-Kundgebungen in NRW: www.nrw.dgb.de.

In Recklinghausen starten am 1. Mai zudem die Ruhr-Festspiele. Das vom DGB mitgetragene, bis zum 19. Juni dauernde Theaterfestival zeigt in diesem Jahr unter dem Titel „Mittelmeer – Mare Nostrum“ Stücke, die in Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, der Türkei, Zypern, Israel, Ägypten und Algerien entstanden sind. Karten und Infos: www.ruhrfestspiele.de

GdP aktiv

4. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium, Raum 120, Friesenring 43, Münster.

7. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14:00 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Str. 64, Duisburg.

12. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Neuss, 17:00 Uhr, Brauerei Frankenheim, Bahnhofstr. 50, Neuss-Holzheim.

13. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 15:00 Uhr, Steakhaus im Wasserturm, Schlagbaumer Str. 125, Solingen.

14. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Siegen, 17:00 Uhr, Seminar- und Besucherzentrum Eichener Hamer, Am Parkplatz 2, Kreuztal.

16. 4., GdP-Party „Frühlingserwachen“ der Kreisgruppe Düren, 19:30 Uhr, ENDART-Kulturfabrik, Veldener Str. 59, Düren.

Glücksnummern des Monats

45 101310
Klaus Noske, Gelsenkirchen
45 101317
Britta Kortas-Müller,
Essen/Mülheim
45 11012
Carmen Brandt, Erftkreis
45 101308
Andrea Küppers, Aachen

Die Gewinner erhalten eine GdP-„Power Bank“.

20. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 12:00 Uhr, St. Urbanus-Michaelshaus, Hochstr. 47, Gelsenkirchen.

21. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17:00 Uhr, Hotel „Am Münsterort“, Münsterstr. 59, Coesfeld.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bochum

Die Senioren der ehemaligen BPA II sind seit dem 1. 5. 2015 Angehörige der KG Bochum. Die Kolleginnen und Kollegen treffen sich jeden 1. Donnerstag der geraden Monate zum Stammtisch, 15:00 Uhr, Vereinsheim der Kleingartenanlage, Max-Greve-Str. 8 a, 44791 Bochum, Ansprechpartner Helmut Rößler, Telefon 02 34/58 05 00.

Kreisgruppe Köln

21. April, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2–4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Vortrag der leitenden Oberärztin der LVR-Klinik Köln-Merheim, Frau Ira Reupke, Fachärztin für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie, zum Thema „Gesundheit im Alter – Demenz“, Partner, Angehörige und interessierte jüngere Kolleginnen/Kollegen sind herzlich eingeladen.

Kreisgruppe Oberhausen

Jeden 3. Montag im Monat Seniorentreffen, Ausnahme: 23. Mai 2016, neuer Treffpunkt und Uhrzeit: 16:00 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstr. 13, 46047 Oberhausen.

Kreisgruppe Unna

27. April, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Evangelisches Gemeindehaus Südkamen, Perthesstr. 8, 59174 Kamen.

NACHRUFE

Helene Halbach	29.09.19 Bergisches Land	Josef Rütten	09.02.21 Heinsberg
Werner Blott	01.02.33 Bergisches Land	Dieter Haubrock	03.02.40 Herford
Walter Knöchel	09.04.36 Bergisches Land	Werner Steinfeldler	13.12.22 Köln
Franz Appel	11.08.25 Bielefeld	Edith van Kempen	26.10.32 Krefeld
Kurt Vilmar	02.03.41 Bielefeld	Kurt Kersten	18.04.38 Krefeld
Hans-Peter Koerfgen	14.11.37 Bonn	Hildegard Krüger	02.11.23 Lippe
Elsa Lina Alleweld	07.03.21 Dortmund	Wilhelm Pietza	05.05.34 Märkischer Kreis
Dieter Mertens	17.01.34 Dortmund	Heinz Krella	17.09.20 Recklinghausen
Maria Vollmuth	13.02.23 Duisburg	Thilo Weißenfeld	02.06.63 Rheinisch Bergischer Kreis
Johannes Korte	19.08.39 Düren	Dieter Weichert	29.04.36 Steinfurt
Günter Roose	31.01.31 Essen/Mülheim	Wolf-Dieter Balschus	23.12.43 Wasserschutzpolizei NRW
Hedwig Stahl	27.03.26 Gelsenkirchen	Dietmar Daubner	31.03.54 Wesel
Maria Tappe	16.05.22 Gelsenkirchen		

